

## Fragen

für die Fragestunde der 62. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 5. November 2014

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	12	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	31, 32
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) .....	13, 14	Movassat, Niema (DIE LINKE.) .....	4, 5
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.) .....	6, 7	Pau, Petra (DIE LINKE.) .....	15, 16
Hänsel, Heike (DIE LINKE.) .....	10, 11	Renner, Martina (DIE LINKE.) .....	17, 18
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.) .....	19, 20	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	26, 27
Höger, Inge (DIE LINKE.) .....	3	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	8, 9
Hunko, Andrej (DIE LINKE.) .....	23, 30	Tressel, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	21, 22
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.) .....	37	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.) .....	1, 2
Karawanskij, Susanna (DIE LINKE.) .....	24, 25	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.) .....	28, 29
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	35, 36		
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	33, 34		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie .....	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz .....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur .....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit .....	12
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	13

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie**

1. Abgeordneter  
**Hubertus Zdebel**  
(DIE LINKE.)

Sieht sich die Bundesregierung angesichts erhöhter Krebsraten in Gasförderregionen (vgl. [www.berlinerzeitung.de/politik/niedersachsen-macht-fracking-krank-,10808018,28775886.html](http://www.berlinerzeitung.de/politik/niedersachsen-macht-fracking-krank-,10808018,28775886.html)) veranlasst, die Beweislast für mögliche Schäden an Mensch und Natur durch die Gasförderung im Rahmen ihrer Gesetzesvorschläge zur Regulierung der Fracking-Gasfördertechnik den Unternehmen aufzuerlegen, und ist es aus Sicht der Bundesregierung möglich, bestehende bergrechtliche Genehmigungen zu entziehen, sofern sich Verdachtsfälle erhärten, in denen bergbauliche Maßnahmen gravierende Schäden für Mensch und Natur verursacht haben?
  
2. Abgeordneter  
**Hubertus Zdebel**  
(DIE LINKE.)

Wie begründet die Bundesregierung ihren Standpunkt, dass bereits nach geltendem Bergrecht eine ausreichende Gefahrenprävention bei der Gasförderung gegeben sei (siehe die Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 59, Plenarprotokoll 18/56) vor dem Hintergrund bekannter und möglicher Auswirkungen der Gasförderung mittels Fracking und der Entsorgung von Lagerstättenwasser auf Mensch und Natur (vgl. zweites Fracking-Gutachten des Umweltbundesamtes „Umweltauswirkungen von Fracking bei der Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten“), und welche konkreten Maßnahmen zur Gefahrenprävention leitet sie aus den geltenden bergrechtlichen Regelungen ab?

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

3. Abgeordnete  
**Inge Höger**  
(DIE LINKE.)

Beabsichtigt die Bundesregierung, in der UN-Vollversammlung der bevorstehenden Ächtung von DU-Munition (Uranmunition) durch eine erneute Resolution zuzustimmen, und wenn nicht, wie begründet sie diese Änderung des Abstimmungsverhaltens angesichts der Tatsache, dass die Bundesrepublik Deutschland bisher den Resolutionen zum Thema DU-Munition immer zugestimmt hat und die einzige Änderung gegenüber dem Text der früheren Resolutionen darin besteht, dass der Resolutionstext um die Forderung nach weiteren Studien über den Einfluss von Uranmunition auf Gesundheit und Umwelt sowie die Forderung, dass Staaten wie der

Irak, die durch den Einsatz von Uranmunition langfristigen und schwerwiegenden Umwelt- und Gesundheitsschäden ausgesetzt sind, von der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden sollen, erweitert wurde?

4. Abgeordnete  
**Niema**  
**Movassat**  
(DIE LINKE.)

Warum hat die Bundesregierung bisher die im Mai 2014 von der Vereinigung für internationale Katastrophenhilfe e. V. angebotenen Hilfeleistungen für die von Ebola betroffenen westafrikanischen Länder über 18 Millionen Untersuchungshandschuhe, 900 Liter Handdesinfektionsmittel, 44 ad hoc verfügbare Behandlungsbetten in Isolationszellen sowie weitere aus Norwegen abrufbare Isolationsbetten und insbesondere deren einsatzbereites medizinisches Hilfspersonal nicht abgerufen (siehe taz die tageszeitung vom 27. Oktober 2014 „18 Millionen Gummihandschuhe“), und wie plant sie, diese Hilfe in naher Zukunft, beispielsweise mit der Zurverfügungstellung von geeigneten Transportkapazitäten und sonstigen bürokratischen Erleichterungen, umzusetzen (bitte Zeitraum und Umfang des Transports angeben)?
5. Abgeordnete  
**Niema**  
**Movassat**  
(DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die derzeitige politische Lage in Burkina Faso, bei der es bei dem Versuch einer einseitigen Verfassungsänderung mit dem Ziel des Machterhalts des autoritären Präsidenten Blaise Compaoré über das Jahr 2015 hinaus zu massiven Protesten und Unruhen und der Stürmung des Parlaments und anderer öffentlicher Gebäude am 30. Oktober 2014 gekommen ist (siehe [www.spiegel.de/politik/ausland/unruhen-in-burkina-faso-proteste-gegen-praesident-blaise-compaore-a-999916.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/unruhen-in-burkina-faso-proteste-gegen-praesident-blaise-compaore-a-999916.html)), und inwiefern versucht die Bundesregierung, über ihre diplomatischen Kanäle Einfluss auf die Situation im Sinne der Bevölkerung und zu deren Schutz zu nehmen?
6. Abgeordneter  
**Wolfgang**  
**Gehrcke**  
(DIE LINKE.)

Welche Argumente haben die Bundesregierung dazu bewogen, auf der diesjährigen UN-Vollversammlung, wie schon in den Vorjahren, gemeinsam mit der überwältigenden Mehrheit der UN-Mitgliedsländer gegen die Stimmen der USA und Israels für eine sofortige Aufhebung der US-amerikanischen Blockade gegen Kuba zu stimmen?

7. Abgeordneter  
**Wolfgang Gehrcke**  
(DIE LINKE.)
- Gedenkt die Bundesregierung vor dem Hintergrund ihrer ablehnenden Haltung zur US-amerikanischen Blockade gegenüber der Republik Kuba, sich auch aktiv für die deutschen Unternehmen und Banken einzusetzen, die wie zuletzt die Deutsche Bank AG und die Commerzbank Aktiengesellschaft von Strafmaßnahmen durch die USA aufgrund ihrer Finanzbeziehungen zu Ländern wie Kuba bedroht sein sollen ([www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/commerzbank-und-deutsche-bank-millionen-straft-droht-a-979811.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/commerzbank-und-deutsche-bank-millionen-straft-droht-a-979811.html) vom 6. Juli 2014)?
8. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Bewertung der Arbeiterpartei Kurdistans PKK und ihrer syrischen Schwesterpartei PYD als terroristische Vereinigung, nachdem PKK-Mitglieder im Nordirak in weltweit gefeiertem, erfolgreichem militärischem Einsatz gegen den IS die Bevölkerung der Jesiden vor Zwangsbekehrung, Versklavung und Mord geschützt hatten und PYD-Mitglieder in Syrien in und um Kobanê die Stadt und die verbliebene Bevölkerung erfolgreich gegen den IS schützen, und sieht die Bundesregierung die Unterstützung dieser Parteien, etwa durch militärische Luftschläge oder Waffenlieferungen in den Nordirak und nach Syrien oder durch Sammeln von Spenden in Deutschland, als strafbares Handeln an, das in Deutschland zu verfolgen ist?
9. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, sich der deutschen kolonialen Verantwortung zu stellen und die Verbrechen der deutschen Kolonialmacht in Kamerun aufzuarbeiten, insbesondere sich für die Rehabilitierung des Häuptlings Manga Bell einzusetzen, der von der deutschen Kolonialjustiz im August 1914 wegen Hochverrats zum Tode verurteilt wurde, weil er sich – ausnahmslos friedlich – etwa mit rechtlichen, parlamentarischen und publizistischen Mitteln in Deutschland gegen die umfassende Enteignung des Grundeigentums der Ethnie Duala zur Wehr setzte, und auf welche Gründe und Fakten stützt die Bundesregierung die Ablehnung der Forderung der Vertreter der Duala aus Kamerun, den „Vater des Landes“ Manga Bell zu rehabilitieren und mit einem solchen Rechtsakt und einer solchen Geste ein klares Bekenntnis zur historischen Verantwortung abzulegen ([www.taz.de](http://www.taz.de) vom 8. August 2014)?

10. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Position des EU-Botschafters in Mexiko, Andrew Standley, dass für das Verschwinden der 43 Studierenden in Iguala nicht der Staat verantwortlich ist und deshalb auch keine Konsequenzen bezüglich der Beziehungen mit der EU gezogen werden – speziell das Freihandelsabkommen betreffend (<http://mexico.cnn.com/videos/2014/10/23/mexico-ante-el-reto-del-caso-ayotzinapa>)?
11. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob die extrem rechte Partei „Swoboda“ vor allem deshalb trotz Scheiterns an der 5-Prozent-Hürde über Direktmandate im ukrainischen Parlament vertreten sein wird, weil die Partei des ukrainischen Präsidenten „Block Petro Poroschenko“ in den Wahlkreisen, in denen „Swoboda“ bei den vergangenen Wahlen Direktmandate geholt hat, als Dank für die Unterstützung bei der Auflösung des Parlaments und damit der Ausrichtung von vorgezogenen Wahlen auf eigene Kandidaten verzichtet bzw. nur schwache Kandidaten aufgestellt hat und somit dieser extrem rechten Partei einen Verbleib in der Werchowna Rada gesichert hat, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass diese Art der Organisation des Wahlergebnisses derjenigen stark ähnelt, die die „Partei der Regionen“ unter dem Präsidenten Wiktor Janukowitsch bei den Parlamentswahlen 2012 angewandt hat (<http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/10998.pdf>)?
12. Abgeordnete  
**Marieluise Beck**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den „weitverbreiteten Einsatz von Streumunition“ in der Ukraine, den die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch der ukrainischen Armee zur Last legt ([www.hrw.org/news/2014/10/20/ukraine-widespread-use-cluster-munitions](http://www.hrw.org/news/2014/10/20/ukraine-widespread-use-cluster-munitions)), und auf welche Weise setzt sich die Bundesregierung für den Verzicht auf diese geächtete Kriegswaffe im Ukraine-Konflikt ein?
13. Abgeordnete  
**Sevim Dagdelen**  
(DIE LINKE.)
- Welcher Herkunft sind die vermeintlich umfangreichen Belege (Satellitenaufnahmen und verschiedene Fotos), die zu dem Schluss führen würden, dass pro-russische Rebellen für den Absturz der malaysischen Passagiermaschine, Flug MH17, in der Ostukraine verantwortlich seien, die der Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Gerhard Schindler, am 8. Oktober 2014 dem Parlamentarischen Kontrollgremium des Deutschen Bundestages präsentierte (DER SPIEGEL, Nr. 43/2014) und auf deren Grundlage eine Plausibilitäts- und Wahrscheinlich-

keitsabwägung erfolgte (Antwort der Bundesregierung vom 28. Oktober 2014 auf meine Schriftliche Frage), und inwieweit wird die Bundesregierung der Gemeinsamen Ermittlungskommission (JIT) diese vermeintlichen Belege zur Verfügung stellen angesichts der Tatsache, dass der niederländische Chefermittler der JIT, Fred Westerbeke, gegenüber der deutschen Presse sagte, dass das Material, welches der internationalen Ermittlungskommission vorliege „nicht genug [sei], um daraus irgendwelche Schlussfolgerungen zu ziehen“ ([www.spiegel.de/panorama/justiz/mh17-ermittler-westerbeke-ueber-den-absturz-in-der-ukraine-a-999193.html](http://www.spiegel.de/panorama/justiz/mh17-ermittler-westerbeke-ueber-den-absturz-in-der-ukraine-a-999193.html))?

### Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

14. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung aus ihrer Kenntnis heraus in der extrem rechten Gruppierung „Hooligans gegen Salafisten“ – nach deren bundesweiten Mobilisierung nach Köln für den 26. Oktober 2014 – ein bundesweites Phänomen, und welche Hooligangruppen waren nach Kenntnis der Bundesregierung in Köln vertreten (bitte möglichst nach Region und Anzahl der in Köln vertretenen Anhänger auflisten)?
15. Abgeordnete  
**Petra Pau**  
(DIE LINKE.)
- Aufgrund welcher gewissenhaften und sachgerechten Überprüfungen des Sachverhalts kam die Bundesregierung dazu, die Frage, welche Differenzen es zwischen dem Bundesministerium des Innern, dem Generalbundesanwalt, dem Bundeskriminalamt und dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hinsichtlich der Definition des Rechtsterrorismus seit dem Jahr 1992 gab, wie folgt zu beantworten: „Der Generalbundesanwalt und das Bundeskriminalamt orientieren sich bei ihrer Aufgabenerfüllung an dem Begriff der terroristischen Vereinigung gemäß § 129a des Strafgesetzbuchs und den hierzu vom Bundesgerichtshof (BGH) aufgestellten Voraussetzungen, z. B. zur Mitgliederzahl von mindestens drei Personen [...]. Im Gegensatz dazu ist die verfassungsschutzrelevante Definition von ‚Terrorismus‘ [...] nicht zwingend an mehrere Täter gebunden. Dieser Unterschied resultiert aus den jeweiligen gesetzlichen Aufgaben- und Befugnisnormen der verschiedenen Behörden. Differenzen zwischen dem BMI, dem Generalbundesanwalt, dem Bundeskriminalamt und dem BfV sind der Bundesregierung insofern nicht bekannt“ (Antwort der Bundesregierung

- auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Referat Rechtsterrorismus im Bundesamt für Verfassungsschutz“ vom 17. September 2014, Bundestagsdrucksache 18/2544), und würde die Bundesregierung diese Antwort nach wie vor für richtig halten?
16. Abgeordnete  
**Petra Pau**  
(DIE LINKE.)
- Wurden die Erkenntnisse zur Reise von 17 deutschen Neonazis, darunter Tino Brandt aus Thüringen, im Jahr 1999 nach Südafrika von dem damals laut der Antwort der Bundesregierung existierenden Referat Rechtsterrorismus im BfV bearbeitet, das als Referat innerhalb der Abteilung Rechtsextremismus/-terrorismus angesiedelt war (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Südafrika-Reise von 17 deutschen Neonazis und eines V-Mannes aus dem Umfeld des NSU im Oktober 1999“, Bundestagsdrucksache 18/2758)?
17. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele rassistisch, politisch rechts oder antisemitisch motivierte Tötungsdelikte hat die Bundesregierung für den Zeitraum vom 1. Januar 1990 bis zum 31. Oktober 2014 registriert?
18. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(DIE LINKE.)
- Hat sich durch die Überprüfung der auf Bundestagsdrucksache 18/343 genannten vollendeten und versuchten 745 Tötungsdelikte die Anzahl der durch die Bundesregierung für den Zeitraum vom 1. Januar 1990 bis zum 31. Oktober 2014 anerkannten PMK-rechts (PMK – Politisch motivierte Kriminalität) motivierten Tötungsdelikte erhöht?
19. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)
- Warum ist das Bundesministerium des Innern (BMI) bislang offenbar nicht bereit, der Empfehlung der Unabhängigen Stasi-Kommission des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) unter Vorsitz von Prof. Dr. Hansjörg Geiger (siehe DOSB-Pressemitteilung vom 21. Juli 2014) nachzukommen und den laut der Deutschen Eislaf-Union e. V. immer noch bestehenden Finanzierungsstopp gegen den erfolgreichsten Eiskunstlauftrainer Deutschlands, Ingo Steuer, aufzuheben (siehe „Savchenko/Massot treten für Deutschland an“, LEIPZIGER VOLKSZEITUNG vom 29. September 2014), und welche Gründe sprechen aus Sicht der Bundesregierung gegen seine Beschäftigung im deutschen Spitzensport?



20. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)  
Haben diesbezüglich in den letzten drei Monaten Gespräche zwischen der Deutschen Eislauf-Union e. V. und/oder dem DOSB und dem BMI zu einer Aufhebung des Finanzierungsstopps gegen Ingo Steuer stattgefunden (siehe „Aljona Savchenko kann Trainer Ingo Steuer nicht finanzieren“, DER TAGESSPIEGEL vom 1. Oktober 2014), und will die Bundesregierung in Kauf nehmen, dass ein erfolgreicher Paarlauftrainer Deutschland dauerhaft verlässt und in Zukunft ausländische Athleten trainieren muss?
21. Abgeordneter  
**Markus Tressel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Ist es zutreffend, dass sich die Bundesregierung für die umfassende Speicherung von Fluggastdaten auf europäischer Ebene einsetzen will und sich folglich für eine solche anlasslose Datenspeicherung von mehr als 80 Millionen Deutschen und 500 Millionen reisenden Europäern ausspricht, und wenn ja, aus welchem Grund?
22. Abgeordneter  
**Markus Tressel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Hält die Bundesregierung die Fluggastdatenspeicherung vor dem Hintergrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofes vom April dieses Jahres zur Vorratsdatenspeicherungsrichtlinie für mit der EU-Grundrechtecharta vereinbar, und wenn ja, aus welchen Erwägungen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz**

23. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)  
Welche Vorgänge hat der Generalbundesanwalt wegen Veröffentlichungen oder eigener Erkenntnisse zur Spionagepraxis der Geheimdienste NSA und GCHQ seit dem Outing des Whistleblowers Edward Snowden im Juni 2013 angelegt (bitte nach Prüf- und Beobachtungsvorgängen sowie Ermittlungen differenzieren), und mit welchem Ergebnis sind einige dieser Vorgänge bereits abgeschlossen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

24. Abgeordnete  
**Susanna  
Karawanskij**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele Unternehmen, Vereine, Initiativen oder Projekte müssten nach Kenntnis der Bundesregierung einen Vermögensanlagen-Verkaufsprospekt erstellen, veröffentlichen und hinterlegen, wenn – wie im Referentenentwurf zum Kleinanlegerschutzgesetz vorgesehen – Nachrangdarlehen oder partiarische Darlehen unter den Anwendungsbereich des Vermögensanlagengesetzes (VermAnlG) fallen (§ 1 VermAnlG), die Unternehmen, Vereine, Initiativen oder Projekte sich über Nachrangdarlehen oder partiarische Darlehen finanzieren und nicht unter einen Ausnahmetatbestand nach § 2 VermAnlG fallen (bitte vor allem in 100 000er-Schritten für den Bereich 100 000 bis 1 Mio. Euro Verkaufspreis der angebotenen Anteile aufschlüsseln)?
25. Abgeordnete  
**Susanna  
Karawanskij**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit kann die Bundesregierung Meldungen verschiedener Medien (u. a. WirtschaftsWoche Nr. 39 vom 22. September 2014, S. 112 oder NRW-Mitteilung 552/2014 des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen vom 27. August 2014) bestätigen, wonach sich die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Reform der Grundsteuer auf ein Mischmodell aus Bodenrichtwerten und einer Gebäudekomponente geeinigt habe, und wann ist mit einem konkreten zeitlichen Ablaufplan zur Reform der Grundsteuer zu rechnen, nachdem im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD die Reform „zeitnah“ geregelt werden sollte und nach Aussage des Bundesministeriums der Finanzen sich die Finanzministerkonferenz „zu gegebener Zeit“ mit der Frage beschäftigen werde, obwohl bereits im März 2014 die Finanzminister der Länder ein Eckpunktepapier für das weitere Vorgehen zur Reform der Grundsteuer veröffentlicht hatten (vgl. NRW-Mitteilung 552/2014 des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

26. Abgeordnete  
**Corinna  
Rüffer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag, die Kosten der Unterkunft in einem ersten Schritt ab 2018 in Höhe von 5 Mrd. Euro und ab 2020 komplett aus Bundesmitteln zu finanzieren, und welcher inhaltliche und zeitliche Zusammenhang be-

steht aus Sicht der Bundesregierung zwischen einer solchen finanziellen Entlastung der Kommunen und der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention?

27. Abgeordnete  
**Corinna Ruffer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Für welche Gebiete, Regelungen und Rahmenbedingungen der Eingliederungshilfe kommt nach Ansicht der Bundesregierung eine eigene Gesetzgebungskompetenz der Bundesländer in Frage, und welche Gefahren und Vorteile sieht die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Vorschlag, den Bundesländern korrespondierend zu ihrer Finanzierungsverantwortung bei der Eingliederungshilfe eine beschränkte Gesetzgebungskompetenz zu geben?
28. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(Zwickau)  
(DIE LINKE.)
- Wie hat sich in den zurückliegenden zehn Jahren die Armutsgefährdung von Erwerbstätigen entwickelt (bitte Jahresdaten zum Anteil an allen Erwerbstätigen sowie die absolute Zahl, oder wenn nicht vorhanden, Zahl der hochgerechneten Erwerbstätigen insgesamt nennen), und wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung?
29. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(Zwickau)  
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Armutsgefährdung von Erwerbstätigen nach Branchen (bitte, wenn vorhanden, relative und absolute Daten nennen), und was hält die Bundesregierung an Maßnahmen jenseits des geplanten allgemeinen Mindestlohns für nötig, um die Armutsgefährdung von Erwerbstätigen zu verringern?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

30. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Worin bestand das für den Ausstieg von Marine und Heer aus der Beschaffung der Drohne „Camcopter S-100“ als Grund angeführte „für die Bedarfsdeckung geänderte Marktumfeld“ (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/2982, bitte auch erläutern, auf welche Weise bzw. mit welchem Ergebnis dies überhaupt geprüft wurde), und worin genau bestand ein „nicht akzeptables zeitliches, technisches und finanzielles Risiko für den Zulassungsprozess“, das erst in der Vorbereitung einer möglichen Projektierung einer Zulassungsfähigkeit des marktverfügbaren „Camcopter S-100“ entdeckt wurde?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur**

31. Abgeordneter  
**Stephan Kühn**  
(Dresden)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Bis wann strebt die Bundesregierung den Abschluss der Prüfung des Antrags von DEKRA e. V. und VdTÜV e. V. vom 1. März 2012 zur Erhöhung der Gebühren für Maßnahmen im Straßenverkehr an?
32. Abgeordneter  
**Stephan Kühn**  
(Dresden)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Fehlen der Bundesregierung ggf. Informationen für die abschließende Bearbeitung des Antrags, oder was sind die Gründe für die vergleichsweise lange Zeit der Antragsbearbeitung und Prüfung?
33. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Von welcher Verkehrsverlagerung auf Bundes- und Landesstraßen durch die Pkw-Maut für ausländische Kraftfahrzeughalter auf Autobahnen geht die Bundesregierung konkret aus, und wie soll die vom Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Alexander Dobrindt angekündigte Einbeziehung weiterer Straßen bei Ausweichverkehren durch die Maut konkret umgesetzt werden?
34. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Müssen deutsche Autofahrer, auch wenn sie keine Bundesautobahnen oder Bundesfernstraßen benutzen, die Infrastrukturabgabe (E-Vignette) zahlen (bitte begründen), und ist die Bundesregierung bereit, ihre Kalkulation der Einnahmen der Pkw-Maut offenzulegen (bitte begründen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

35. Abgeordnete  
**Sylvia Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Bis jeweils wann sollen die betreffenden Konsequenzen – insbesondere die gesetzlichen Anpassungen – aus der gemeinsamen nuklearen Katastrophenschutzübung von Bund und Ländern vom September 2013, über die die „taz.tageszeitung“ am 25. Oktober 2014 berichtete, umgesetzt sein, und welcher Zeitplan ist für die Umsetzung der aufgrund der Empfehlungen für den nuklearen Katastrophenschutz?

schutz der Strahlenschutzkommission vom März 2014 (Ausweitung der Planungszonen, bundesweite Vorhaltung von Jodtabletten etc.) notwendigen Maßnahmen vorgesehen (bitte möglichst differenzierte, detaillierte Angaben machen)?

36. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann tagten in dieser Wahlperiode jeweils bislang die drei Beratungskommissionen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Reaktor-Sicherheits-, Strahlenschutz- und Entsorgungskommission und ihre jeweiligen Fachausschüsse, und für wann sind nach jetzigem Stand ihre künftigen Sitzungen anberaumt?

#### **Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes**

37. Abgeordnete  
**Ulla  
Jelpke**  
(DIE LINKE.)
- Aus welchen, neben den in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. genannten Posten, die zusammengerechnet 71,7 Mio. Euro umfassen (Bundestagsdrucksache 16/13540, Antworten zu den Fragen 1 bis 9) setzt sich die Gesamtsumme von 81 Mio. Euro für den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm zusammen (bitte zumindest die größten diesbezüglichen Ausgabenposten angeben)?





